## Die europäischen Parteienzusammenschlüsse RUDOLF HRBEK

Die Arbeit der transnationalen europäischen Parteibünde stand 1988/89 vor allem im Zeichen dreier Vorgänge und Ereignisse: der inneren Entwicklung der EG, der bevorstehenden Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1989, der Veränderungen in der UdSSR und einzelnen Staaten Osteuropas.

Hinsichtlich der inneren Entwicklung der EG beherrschten drei Problemkreise die Tagesordnung der Gemeinschaft und als Folge auch die der transnationalen Parteibünde. Zum einen die mit der Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraums bis Ende 1992 verbundenen Implikationen: die soziale Dimension, ohne die der angestrebte Binnenmarkt vielen als zu riskantes und insbesondere für Arbeitnehmer nachteiliges Unternehmen erscheint<sup>1</sup>, die Reaktion von Drittstaaten und die Gestaltung der Beziehungen zu ihnen, insbesondere auch zu den EFTA-Staaten<sup>2</sup>. Ein zweites Thema bezog sich auf die Fortsetzung des mit dem EWS eingeschlagenen Weges<sup>3</sup>. Schließlich ging es um die im Begriff der "Europäischen Union" zum Ausdruck kommende Frage nach der Entwicklungsrichtung und "Finalität" des europäischen Integrationsprozesses.

Mit Blick auf die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1989 hatten alle drei Parteibünde die Formulierung neuer Programme bzw. Wahlplattformen in Angriff genommen. Diskussion und Verabschiedung solcher Programme stellen stets einen Markstein in der Entwicklung der betreffenden Organisation dar, weil damit eine politisch-programmatische Standortbestimmung vorgenommen wird; in die Texte geht das ein, was im Laufe mehrerer Jahre im Rahmen der verschiedenen Gremien der jeweiligen Parteibünde beraten und erarbeitet worden ist. Solche vom Anspruch her recht umfassend angelegten Programmaussagen sind ein Indikator für die programmatische Geschlossenheit und Klarheit und damit die politische Handlungsfähigkeit eines transnationalen Parteibundes als Akteur im Rahmen des EG-Systems.

Die in der Sowjetunion und einzelnen osteuropäischen Staaten zu verzeichnenden Ansätze zu tiefgreifenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen wurden in allen EG-Mitgliedstaaten als große Herausforderung begriffen. Die Reaktion darauf galt zunächst der Erörterung und Beantwortung der Frage, wie die EG darauf reagieren müsse und welche Möglichkeiten neuer gesamteuropäischer Strukturen sich mittelfristig ergeben könnten<sup>4</sup>. Das im Sommer 1988 erfolgte vertragliche Arrangement zwischen der EG und den RGW-Staaten eröffnet interessante und teils mit großen Erwartungen verbundene Handlungsmöglichkeiten<sup>5</sup>.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Bereits 1987 hatte sich eine Verdichtung in der Zusammenarbeit der Mitgliedsparteien im Rahmen des Bundes angedeutet; die im Oktober 1987 in Paris stattgefundene Konferenz der Parteiführer wurde jedenfalls so interpretiert. Der damals gefaßte Beschluß, dieses Gremium künftig zweimal jährlich einzuberufen, wurde 1988 verwirklicht, Am 9. und 10. Juni 1988 trafen sich die Parteiführer in Rom und am 6, und 7, November 1988 in Berlin, Während das Treffen in Rom als allgemeiner Meinungsaustausch über aktuelle Fragen ablief, stand das Berliner Treffen unter dem Thema "EG - EFTA - gemeinsame Zukunft 1992". Teilnehmer waren nicht nur die Vorsitzenden der Parteien aus Mitgliedstaaten, sondern auch aus den EFTA-Staaten, die im Bund den Status von Beobachtern haben. In der Erklärung der Konferenz<sup>6</sup> wurde die Vollendung des Binnenmarktes begrüßt, zugleich aber auf zielgerichtete Maßnahmen zur Schaffung eines europäischen Sozialraums gedrängt. Mit der Vollendung des Binnenmarktes gehe eine qualitative Veränderung in den Beziehungen der EG zu den übrigen europäischen Staaten, insbesondere auch zu den EFTA-Staaten, einher, die künftig eine engere und in neuen Formen zu gestaltende Zusammenarbeit erforderlich machen würde. Die Erklärung nennt hierfür konkrete Aktionsfelder, insbesondere die Sektoren Forschung, Verkehr und Umweltpolitik, und befürwortet die weitere Stärkung des EWS, an dem sich einzelne EFTA-Staaten de facto bereits beteiligen. Der Neutralitätsstatus einzelner EFTA-Staaten könnte ihre Absicht eines EG-Beitritts beeinflussen. Anzumerken bleibt, daß die Labour Party zu zwei Passagen der Erklärung ausdrückliche Vorbehalte anmeldete: zur Stärkung und Weiterentwicklung des EWS und zur Perspektive der Europäischen Union. In der Erklärung wird gefordert, die Beziehungen zwischen der EG und den RGW-Staaten neu zu gestalten; Vorschläge zur Gestaltung der Beziehungen EG - EFTA können dabei als Vorbild für künftige EG-RGW-Beziehungen dienen.

Im Zusammenhang mit dem Thema dieser Parteiführerkonferenz steht auch das Vorhaben, die Struktur des Bundes und die Zusammenarbeit der ihm angehörenden Parteien neu zu organisieren. Konkret geht es dabei um die Frage, ob an der Zweiteilung in Vollmitglieder einerseits und Beobachter andererseits festgehalten werden soll, oder ob nicht alle Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa den Status von Vollmitgliedern erhalten sollten, wobei bei der Behandlung von EG-Angelegenheiten nur die Parteien aus EG-Mitgliedstaaten stimmberechtigt wären. Eine Arbeitsgruppe berät die verschiedenen Aspekte einer solchen Reform.

Der Verdichtung der Kooperationsbeziehungen innerhalb des Bundes dienten zwei Konferenzen der Fraktionsvorsitzenden in den Parlamenten der EG-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments: am 14. Januar in Brüssel und am 4. März in Paris. Beide Male wurden wirtschafts- und währungspolitische Fragen besprochen. Schließlich ist noch eine Konferenz zum Thema "Arbeit und Soziales" am 5. Dezember 1988 in Brüssel zu erwähnen, an der die für Arbeit und So-

ziales verantwortlichen Repräsentanten der Mitgliedsparteien, von Gewerkschaften, einschlägig engagierte Mitglieder der Sozialistischen Fraktion des EP, der Präsident der EG-Kommission und das Mitglied der EG-Kommission für soziale Angelegenheiten mit dem Ziel teilnahmen, ihre Auffassungen zu konzertieren. Auch diese Konferenz zeigt, daß die transnationale Arbeit der Parteien konkreter und themenspezifischer geworden ist und daß der Bund gegenüber der Sozialistischen Fraktion des EP häufiger als Initiator auftritt.

Die Aktivitäten spezieller Arbeitsgruppen intensivierten sich im Laufe des Jahres 1988 wegen der Vorbereitung des Wahlmanifestes unverkennbar. Einmal tagte die Arbeitsgruppe "Wanderarbeitnehmer", je zweimal die Arbeitsgruppen "Dritte Welt", "Sicherheit" und "Umwelt", dreimal die Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitik" und fünfmal die Arbeitsgruppe "Kultur". Schließlich tagte, unter dem Vorsitz des Spaniers Enrique Barón, die Programmkommission, die das Wahlmanifest des Bundes für die Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 1989 vorbereiten sollte, insgesamt viermal. Das Büro, also der Vorstand, tagte 1988 dreimal, sodann im Januar und Februar 1989.

Nach sehr ausführlichen Beratungen wurde das Wahlmanifest auf einem außerordentlichen Kongreß des Bundes am 10. Februar 1989 in Brüssel verabschiedet. Es trägt den Titel: "Für ein geeintes, wirtschaftlich starkes, solidarisches Europa." Die Mitgliedsparteien wollten mit dem Manifest "ein umfassendes Programm für eine harmonische Entwicklung" der Gemeinschaft entwerfen, wobei es um die Aspekte Vollendung des Binnenmarktes, wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, Umweltschutz, demokratischer Aufbau Europas und um das Europa der Bürger geht. Im Abschnitt über ein "wirtschaftlich starkes Europa" plädieren die Parteien des Bundes für ein selektives Wirtschaftswachstum und fordern eine aktive (öffentliche wie private) Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Verstärkte Aktivitäten werden für die Bereiche Bildung und Ausbildung gefordert. Im Abschnitt über das "solidarische Europa" geht es um den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, im Abschnitt über ein "bewohnbares Europa" um die verschiedensten Aspekte der Umweltpolitik und im Abschnitt über ein "demokratisches Europa" wird insbesondere für eine Stärkung des Europäischen Parlaments plädiert.

Die Beratungen ergaben in etlichen wichtigen Fragen deutliche Auffassungsunterschiede. Sie werden im Text des Wahlmanifestes in Form ausdrücklicher Vorbehalte einzelner Parteien erkennbar. So wandte sich die britische Labour Party in der Frage der Steuerharmonisierung dagegen, daß die Möglichkeit der Befreiung von der Mehrwertsteuer für Grundbedarfsgüter und bestimmte Dienstleistungen abgeschafft werden soll. Die luxemburgische Mitgliedspartei meldete Vorbehalte gegen die Einführung einer gemeinschaftsweiten Kapitalertragssteuer an, weil dies die Attraktivität des Finanzplatzes Luxemburg erheblich beeinträchtigen würde. Gegenüber einer Stärkung des Europäischen Parlaments äußerte sich, wie schon bisher, die Labour Party ablehnend. Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks gab einen ganz grundsätzlichen Vorbehalt zum Wahlmanifest zu

Protokoll<sup>7</sup>: Sie stimme zwar dem Konzept des Manifestes in seinen wesentlichen Punkten voll zu, erkläre aber: "Die Partei sieht sich jedoch in Anbetracht einiger föderalistischer Vorschläge und der ausdrücklichen Forderung nach sozialer und steuerlicher Harmonisierung gezwungen, allgemeine Vorbehalte gegen das Manifest zu äußern."

Abgesehen von solchen ausdrücklichen Vorbehalten zeigten sich in den intensiven Beratungen weitere Interessen- und Auffassungsunterschiede. So sprachen sich die Parteien aus den höher entwickelten Staaten im Norden der EG für durchgreifendere Umweltschutzmaßnahmen aus, während die Parteien aus den südlichen, weniger entwickelten Mitgliedstaaten der industriellen Modernisierung Vorrang einräumen wollten. Und während die deutsche SPD in der sozialen Dimension der Gemeinschaft eine Priorität sah, strebten die spanischen Sozialisten vorrangig Wirtschaftswachstum an. Deutliche Meinungsunterschiede existierten nach wie vor auf dem Gebiet der Sicherheitskonzepte und der Sicherheitspolitik: Während einzelne Mitgliedsparteien die Beseitigung von Atomwaffen sowie die Schaffung atomwaffenfreier Zonen als Ziel proklamierten, hielten die französischen Sozialisten unverändert an der Force de Frappe fest. Die Bandbreite der diesbezüglichen Auffassungen kam auch in den Aussagen über die gegenwärtigen Verhandlungen zur Begrenzung oder Beseitigung der atomaren Kurzstreckenwaffen sowie zur Reduzierung der konventionellen Waffen zum Ausdruck.

Was die Zahl der Mitgliedsparteien betrifft, so wurde während des außerordentlichen Kongresses im Februar 1989 die griechische PASOK, die bisher schon der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments angehörte, allerdings nicht Mitglied der Sozialistischen Internationale ist, als 15. Mitgliedspartei aufgenommen. Bestrebungen zur Aufnahme der Sozialistischen Partei Österreichs als Vollmitglied wurden wieder fallengelassen, weil nicht eine einzelne Partei aus einem EFTA-Staat Parteien aus anderen EFTA-Staaten gegenüber privilegiert werden sollte.

In der Führung des Bundes erfolgte ein Wechsel, nachdem der erst 1987 gewählte Präsident des Bundes, der Portugiese Vietor Constanciu, zurückgetreten war. Zu seinem Nachfolger wurde im Februar 1989 der wallonische Sozialist Guy Spitaels interimistisch bestellt. Einer der vier stellvertretenden Vorsitzenden, der Franzose Pierre Guidoni, trat gleichfalls zurück und wurde durch seinen Landsmann Gérard Fuchs ersetzt<sup>8</sup>. Im Januar 1989 erschien die Nullnummer eines Informationsbulletins mit dem Titel "Info Union". Die Schrift, die monatlich erscheinen soll, hat die Aufgabe, durch Informationen über die Arbeit des Bundes sowie über Vorgänge und Aktivitäten der Mitgliedsparteien den Zusammenhalt innerhalb des Bundes zu festigen und zu fördern.

Für die Arbeit des Bundes dürfte sich auswirken, daß sich in der britischen Labour Party im Frühjahr 1989 ein vom Parteivorsitzenden Kinnock befürworteter pragmatischerer Kurs durchgesetzt hat, der sich insbesondere auch in einer der EG und ihrer Weiterentwicklung gegenüber positiveren Grundhaltung ausdrückt. Davon unberührt bleiben aber offensichtlich die Vorbehalte gegenüber einer

Stärkung des Europäischen Parlaments und der zielstrebigen Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu einer "Europäischen Union". Es bleibt abzuwarten, ob die zahlenmäßige Zunahme der britischen Abgeordneten im EP nach ihrem Wahlerfolg im Juni 1989 die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Sozialistischen Fraktion nicht einer schwierigen Belastungsprobe aussetzt<sup>10</sup>.

## Europäische Liberale, Demokraten und Reformer (ELDR)

Nachdem die für November 1987 geplante Gipfelkonferenz der Parteiführer wegen der Regierungskrise in Belgien abgesagt worden war, trafen die Parteiführer der Mitgliedsparteien am 14. März 1988 in Turin zusammen und berieten über die Vollendung des Binnenmarktes. Sie sprachen sich mit Nachdruck dafür aus, die in der EEA niedergelegten Ziele unter Einhaltung des vorgesehenen Zeitplans zu verwirklichen. Sie befürworteten die zügige Weiterentwicklung des EWS einschließlich der Errichtung einer europäischen Zentralbank und plädierten für die entschlossene Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu einer Politischen Union.

Das Exekutivkomitee tagte 1988 im Februar in Brüssel, im Mai in Straßburg, im Oktober in Paris, im Zusammenhang mit dem Kongreß im Dezember in Luxemburg und schließlich wieder im März 1989 in Brüssel. Auf den Tagesordnungen standen u. a. Fragen der Ausweitung der Mitgliedschaft angesichts von Veränderungen im Parteienspektrum einzelner EG-Mitgliedstaaten, die Arbeiten der speziellen Kommissionen der liberalen Parteiföderation, in der Phase vor den Direktwahlen im Juni 1989 selbstverständlich auch der Stand der Arbeiten für das neue Wahlmanifest. Die Arbeitsgruppe Verteidigung tagte dreimal und war mit den Vorbereitungen der Abschnitte über Verteidigung und Abrüstung für das Wahlmanifest befaßt. Auf dem Kongreß im Dezember 1988 in Luxemburg wurde ein neuer Ausschuß für Kultur eingesetzt, der am 10. März 1989 in Brüssel zu seiner ersten Sitzung zusammentrat. Gegenstand der Ausschußarbeit sollten die folgenden Fragen sein: Sprachen von Minderheiten, Rundfunk und Fernsehen im Licht neuer Technologien, die Einrichtung einer Stiftung für Erziehung, Fortsetzung von EG-Programmen wie z. B. ERASMUS. Bereits auf der ersten Sitzung des Ausschusses wurden Grundsätze liberalen Kulturverständnisses und liberaler Kulturpolitik deutlich artikuliert: Das Pluralismus-Prinzip müsse unbedingt beachtet werden, kultureller Austausch müsse frei und ohne Behinderungen durch Grenzen möglich sein. Besondere Betonung fand die Befürwortung auch des sprachlichen Pluralismus.

Ebenso wie die anderen Parteiföderationen bemüht sich auch die ELDR um eine Erweiterung ihrer Mitgliedschaft, sofern dies mit Blick auf das programmatische Profil der betreffenden nationalen Partei vertretbar und angebracht erscheint. Im Frühjahr 1988 wurde so die neue irische Partei Progressive Democrats, nachdem diese sich in der Republik Irland etabliert hatte, als Mitglied aufgenommen. Nach dem Zusammenschluß der britischen Liberalen mit der Social Democratic Party wurde die neue Partei – Social and Liberal Democrats – als Mitglied aufgenommen. Die Beziehungen waren von Anfang an intensiv und pro-

blemlos, da die neue Partei die traditionell sehr engen Bindungen der früheren Liberal Party zu den anderen Parteien im Rahmen der ELDR übernahm. Da die spanische Mitgliedspartei PRD (Partido Reformista Democrático) in der spanischen Politik kaum eine Rolle spielt und auch in der Arbeit der transnationalen Parteiföderation so gut wie nicht in Erscheinung trat, war es verständlich, daß sich die ELDR um Kontakte zur spanischen CDS unter Leitung des früheren Ministerpräsidenten A. Suarez bemühte. Da die CDS ihre eigene Position noch nicht abschließend bestimmt hatte, kam zunächst nur eine sehr lockere Bindung in Frage. Zu diesem Zweck erfolgte auf dem Kongreß der ELDR im Dezember 1988 eine Statutenänderung: Artikel 5, Absatz 1 erlaubt jetzt auch Parteien aus EG-Mitgliedstaaten den Status eines Beobachters, während in der bisher gültigen Fassung Parteien aus Mitgliedstaaten nur als Vollmitglieder vorgesehen waren. Nachdem in Spanien die Parteien der bürgerlichen Opposition, die für die Europawahl 1989 ein Wahlbündnis eingegangen waren, nach den Wahlen beschlossen, für ihre Mitglieder im Europäischen Parlament die Zugehörigkeit zur Fraktion der EVP zu beantragen, wird eine Bindung des CDS an die Liberalen wohl nicht mehr in Frage kommen.

Folgende Personalentscheidungen in den Gremien der ELDR wurden getroffen: Colette Flesch wurde in ihrem Amt als Vorsitzende vom Kongreß in Luxemburg bestätigt. Von den sechs Mitgliedern des Exekutivkomitees, die der Kongreß frei – also nicht auf Vorschlag nationaler Mitgliedsparteien – wählt, wurden fünf bestätigt; die Italienerin B. Rangoni-Machiavelli wurde durch die Belgierin Anne André von der P. R. L. ersetzt. Im März 1989 schließlich bestätigte das Exekutivkomitee Mechthild von Alemann für zwei weitere Jahre in ihrem Amt als Generalsekretärin.

Einen wesentlichen Teil der Aktivitäten nahm die Vorbereitung des Wahlmanifestes ein. Eine speziell eingesetzte Programmkommission unter Leitung von Florus Wijsenbeek legte dem Exekutivkomitee auf seiner Sitzung im Mai 1988 den Programmentwurf vor. Nachdem die Mitgliedsparteien Gelegenheit hatten, hierzu Stellungnahmen einzubringen, befaßte sich der Kongreß im Dezember 1988 in Luxemburg abschließend mit dem Programm und beschloß nach intensiver Diskussion (es gab über 250 Änderungsanträge) schließlich einmütig<sup>11</sup>. Das neue Wahlprogramm trägt den Titel "Für ein Europa der Bürger in Freiheit und Solidarität"12. Es besteht aus elf Kapiteln13. Als übergreifendes Ziel wird die Entwicklung der EG zu einer Europäischen Union formuliert. Dazu sei erforderlich, das Europäische Parlament substantiell zu stärken und der Gemeinschaft letztlich eine föderative Struktur zu geben. Die EP-Wahlen müßten nach dem Verhältniswahlrecht erfolgen. Die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes ohne Grenzen, auf der Grundlage monetärer Stabilität, verlange keineswegs Uniformität, sondern sei auch durch gegenseitige Anerkennung von Vorschriften, Standards und Regeln möglich; es müsse allerdings ein wirklich fairer Wettbewerb gewährleistet sein. Die Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsraums dürfe nicht zur Teilung der Gemeinschaft in "zwei Europas" führen; gleichzeitig mit der Vollendung des Binnenmarktes müßten Zusammenhalt und Solidarität gestärkt werden. Das Programm verlangt weiterhin, daß die Gemeinschaft durch aktive Politik auf die Herausforderungen moderner Technologien antwortet sowie energische Anstrengungen zur Verbesserung der Umwelt unternimmt; es gebe keinen Gegensatz zwischen Ökologie und Ökonomie. Weil der Beitrag kleinerer und mittlerer Unternehmen für die Entwicklung der Gemeinschaft wichtig sei, müßten ihre Belange angemessen gefördert werden. Wichtig sei weiter eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, wobei das Marktprinzip schrittweise stärkere Geltung erhalten soll. Die Anwendung der GATT-Regeln auf den agrarischen Sektor würde den schrittweisen Subventionsabbau fördern. Die Verwirklichung der in der Einheitlichen Europäischen Akte gesetzten Ziele habe Vorrang vor einer erneuten Erweiterung der Gemeinschaft; dem Ausbau der Beziehungen zu Osteuropa und den EFTA-Staaten komme allerdings besondere Bedeutung zu. Das Programm unterstreicht auch die Verantwortung der EG gegenüber den Ländern der Dritten Welt, fordert erneut die Entwicklung einer gemeinsamen Außenpolitik und spricht sich für eine stärkere Eigenverantwortung der Gemeinschaft bzw. ihrer Mitgliedstaaten für Sicherheit und Verteidigung aus. Auf Irlands Neutralität wird ausdrücklich hingewiesen. Weitere Fortschritte auf den verschiedensten Feldern der Abrüstung und Rüstungskontrolle werden angemahnt. Abschließend spricht sich das Programm für die Förderung von Kultur und Erziehung im Rahmen der EG aus.

Seit Februar 1989 erschien regelmäßig ein bescheiden gestalteter besonderer Informationsdienst vor den Wahlen: "Euro-Elections News"<sup>14</sup>. Interessant ist, daß darin Unterschiede des liberalen Wahlprogramms zu den Programmaussagen der EVP und vor allem der Sozialisten herausgestellt wurden<sup>15</sup>.

Nach den Wahlen im Juni 1989 hat sich das Spektrum der Fraktion der Liberalen, nicht zuletzt durch den Wiedereinzug deutscher FDP-Abgeordneter, deutlich verbreitert. Das könnte dazu beitragen, daß das Engagement der nationalen Mitgliedsparteien bei der Arbeit der ELDR wieder zunimmt.

Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)

Im Mittelpunkt der Arbeiten der verschiedenen EVP-Gremien<sup>16</sup> stand 1988 die Vorbereitung des Kongresses vom 7./8. November 1988 in Luxemburg, bei dem das Aktionsprogramm der EVP 1989–1994 abschließend beraten und beschlossen wurde. Sowohl die Arbeiten des Politischen Büros, einzelner Kommissionen und Arbeitsgruppen als auch die Konferenz der Parteiführer waren auf Kongreß und Aktionsprogramm ausgerichtet.

Das Politische Büro der EVP tagte 1988 fünfmal; neben der Vorbereitung des Kongresses und der Arbeit am Aktionsprogramm wurden vor allem Fragen der aktuellen EG-Entwicklung beraten. Dabei spielten jeweils die Berichte des Fraktionsvorsitzenden der EVP im Europäischen Parlament, Egon Klepsch, eine wichtige Rolle, wie überhaupt die Aktivität der Fraktion starken Einfluß auf die Arbeit

der EVP als transnationaler Parteiorganisation hat. Ein weiterer Beratungspunkt war auf mehreren Sitzungen der Haushalt der EVP. Für das Ziel der Aufstellung eines mehrjährigen Finanzplans sind die Ergebnisse der nationalen Parteien bei der Europa-Wahl im Juni 1989 wichtig, weil sich der Mitgliedsbeitrag nach der Zahl der EP-Abgeordneten sowie dem Prozentsatz der erreichten Stimmen errechnet. Ein weiterer wichtiger Beratungspunkt war während des ganzen Jahres die Frage einer Fusion von EVP und EUCD in Fortsetzung von Initiativen seit 1986/1987<sup>17</sup>.

Die beiden Parteiführerkonferenzen am 30. Mai 1988 in Bonn und am 19. Oktober 1988 in Brüssel ließen die politischen Schwerpunkte in der Arbeit der EVP deutlich hervortreten. So enthält die Abschlußerklärung der Konferenz im Mai folgende Elemente: Bei der Vollendung des Binnenmarktes müsse die soziale Dimension besondere Beachtung finden; als Ziel der Integrationspolitik wird die Entwicklung der EG zu einer Europäischen Union bezeichnet; dazu seien Entscheidungen erforderlich, die über die in der EEA erfolgten Festlegungen hinausgehen müßten: Europäisches Parlament und Kommission müßten in ihren Rechten gestärkt werden, die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit einer autonomen und dem Ziel der wirtschaftlichen und monetären Stabilität verpflichteten gemeinsamen Zentralbank sei unverzichtbar, die EPZ müsse zur Formulierung einer gemeinschaftlichen Außenpolitik führen, langfristig müsse eine demokratische Verfassung für die Europäische Union ausgearbeitet werden. Die Konferenz sprach sich weiterhin für die Errichtung einer Europäischen Sicherheitsunion aus, die im Rahmen der NATO zu plazieren sei und für deren Errichtung die Erfahrungen mit WEU, Euro-Group der NATO und der deutsch-französischen Kooperation im Bereich der Sicherheitspolitik zu berücksichtigen seien. Auf dem Gebiet von Abrüstung und Rüstungskontrolle wurde nach dem Abschluß des INF-Abkommens gefordert, daß weitere Schritte erfolgen, u. a. die Schaffung eines Gleichgewichts konventioneller Waffen auf niedrigerem Niveau und die Reduzierung der atomaren Kurzstreckenwaffen. Schließlich wurde, mit Blick auf Entwicklungen in der Sowjetunion und in einzelnen osteuropäischen Staaten, für die weitere Entwicklung intensiver Beziehungen zwischen Ost und West plädiert.

Den Beratungen verschiedener Fachkommissionen kommt in der Arbeit der transnationalen Parteiorganisation grundsätzlich eine wichtige Bedeutung zu. Allerdings ist die Intensität dieser Beratungen unterschiedlich: Interesse und Engagement einzelner Mitgliedsparteien differieren erheblich, und nicht zuletzt gibt es auch materielle Restriktionen für intensive und kontinuierliche Kommissionsarbeit. So tagten die beiden Arbeitsgruppen "Wirtschafts- und Sozialpolitik" sowie "Europäische Union" jeweils nur einmal zu Beginn des Jahres 1988. Daß beide Kommissionen ihre Arbeit also de facto einstellten, liegt nicht an der fehlenden Bedeutung der Thematik, sondern ganz im Gegenteil daran, daß diese Themen in sehr vielen anderen Gremien im Rahmen der EVP-Struktur kontinuierlich und intensiv behandelt werden, so daß für vorbereitende Kommissionsarbeit kein

wirklicher Bedarf besteht. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe "Geistige Grundlagen" wiederum beschränkten sich 1988 auf schriftlichen Kontakt. Ergebnisse früherer Beratungen und Arbeiten in dieser Kommission wurden indessen veröffentlicht<sup>18</sup>.

Je zweimal tagten die Kommissionen "Internationale Politik", "Sicherheit und Verteidigung" und "Rechtspolitik". Letztere befaßte sich mit Fragen der Errichtung eines Europäischen Rechtsraumes, mit ethischen Aspekten der künstlichen Befruchtung, mit Fragen der Terrorismusbekämpfung und mit dem Themenbereich Asylanten und Flüchtlinge. In der Kommission "Internationale Politik" nahm die Behandlung der Situation und der Entwicklung in Südafrika breiten Raum ein. Während alle Parteien in der Ablehnung der Apartheid und der Forderung nach durchgreifendem politischem Wandel übereinstimmten, divergierten ihre Auffassungen darüber, ob ein fester Zeitplan für Wandel und Reformen unerläßlich sei. Weiterhin wurde über die Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa und die sich daraus für die EG ergebenden Konsequenzen beraten. Die für Sicherheit und Verteidigung zuständige Arbeitsgruppe forderte die Errichtung einer europäischen Sicherheitsunion und erwartete von einer Belebung der WEU - mit erweiterter Mitgliedschaft - einen Beitrag zum Aufbau einer europäischen Identität auf diesem Gebiet. Vier Sitzungen der "Kontaktgruppe Lateinamerika" waren der Beratung aktueller Entwicklungen in lateinamerikanischen Staaten, der Anknüpfung bzw. Pflege von Kontakten zu befreundeten Parteien in diesem Raum sowie der Vorbereitung eines speziellen Kolloquiums im Jahr 1989 gewidmet.

Die unter dem Vorsitz von Lutz Stavenhagen stehende Programmkommission tagte mehrmals, bevor sie im Juli 1988 dem Politischen Büro den Entwurf des Aktionsprogramms vorlegte. Danach hatten die Mitgliedsparteien Gelegenheit, Stellungnahmen und Änderungsvorschläge einzureichen. Das Aktionsprogramm wurde abschließend auf dem Kongreß am 7./8. November 1988 in Luxemburg beraten und beschlossen. Es hat den Titel "An der Seite der Bürger" und ist ein außerordentlich ausführliches Dokument, bestehend aus vier großen Kapiteln<sup>19</sup>. Das erste Kapitel ("Wir stärken die Demokratie in der Gemeinschaft und schaffen die Europäische Union") verlangt die Entwicklung der EG zur Europäischen Union, zu der auch eine sozial ausgestaltete Wirtschafts- und Währungsunion sowie eine Sicherheitsunion gehören würden und die Beachtung des Subsidiaritätsprinzips. Vom dritten direkt gewählten Europäischen Parlament wird die Ausarbeitung eines verbesserten "Verfassungs"-Entwurfs erwartet. Das zweite Kapitel ("Wir schaffen Europa als modernen, leistungsfähigen und humanen Wirtschafts- und Sozialraum") enthält zu Beginn ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft. Bei der Errichtung des Binnenmarktes müsse auf den Zusammenhalt der Gemeinschaft geachtet werden; deshalb sei der europäische Sozialraum mit sozialem Dialog und Mitbestimmungsformen eine unerläßliche komplementäre Komponente. Der Währungsunion mit einer einheitlichen Zentralbank wird große Bedeutung zugeschrieben. Das Kapitel behandelt weiterhin Fragen des Arbeitsmarktes, des

Verkehrs, der Situation kleiner und mittlerer Unternehmen, der Agrarpolitik und der Fischerei sowie der Forschungs- und Technologiepolitik. Das dritte Kapitel ("Wir gestalten eine menschliche Gesellschaft in einem Europa der Bürger") enthält die Aussagen der EVP zum Komplex der Umweltpolitik; erinnert daran, daß wissenschaftlich-technischer Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen sei, was die Achtung ethischer Grundsätze erfordere; verlangt die Förderung von Kultur und Bildung; spricht sich nachdrücklich für die Förderung der Belange spezifischer Personengruppen aus: Familien und Kinder, Frauen, Jugend, alte Menschen, behinderte Mitbürger; außerdem werden Probleme wie Armut, Drogenmißbrauch und Aids angesprochen. Schließlich geht es um die Schaffung eines einheitlichen Rechtsraumes, innerhalb dessen auch Maßnahmen zur Erhaltung der inneren Sicherheit erfolgen müßten. Das vierte Kapitel ("Wir stärken Europas Sicherheit und den Frieden in der Welt") enthält im wesentlichen die Punkte, die in den einschlägigen Kommissionen sowie von der Parteiführerkonferenz vertreten wurden.

Das Politische Büro der EUCD tagte 1988 dreimal: Im Februar gemeinsam mit dem der EVP, im Juni und im Dezember. Thematisiert wurden dabei u. a. die Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarktes auf andere europäische Staaten und damit die Möglichkeit einer erneuten Erweiterung der EG, globale Probleme der Sicherheit angesichts des Dialogs zwischen den Weltmächten sowie die Beziehungen zur Christlich-Demokratischen Internationale (CDI), Nicht zuletzt wurde auch im Kreis der EUCD die Frage weiter erörtert, ob eine Fusion von EUCD und EVP angestrebt werden sollte. Die Diskussion darüber hatte in beiden Organisationen 1986 begonnen, und 1987 schien es so, als ob die Weichen in Richtung auf eine Fusion bereits gestellt seien20. Die Politischen Büros beider Organisationen beschlossen im Sommer 1988 die Einsetzung einer besonderen Kommission, die diese Frage abschließend beraten sollte. Folgende Alternativen standen zur Debatte: die Beibehaltung des Status quo mit zwei Organisationen, die eng zusammenarbeiten; die Fusion und damit die Auflösung einer der beiden Organisationen; verschiedene Zwischenlösungen, wobei die Assoziation der EUCD an die EVP eine der Möglichkeiten darstellte. Beide Organisationen hatten sich darauf verständigt, daß jede Lösung einmütige Zustimmung finden müsse. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand am 5. Dezember 1988 in Brüssel statt; weitere Sitzungen waren am 6. März 1989 in Lissabon und am 18. Mai 1989 in Barcelona, Die Fusion wird danach ernsthaft nicht mehr erwogen, vielmehr ist ein deutlicher Trend zugunsten einer Assoziation beider Parteiorganisationen erkennbar. Es sind nicht zuletzt die raschen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in einzelnen osteuropäischen Staaten, die die Beibehaltung der EUCD als eigenständige Organisation geraten erscheinen lassen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1989 haben in der Zusammensetzung der EVP-Fraktion nur geringe Veränderungen ergeben, sieht man vom Rückgang des Anteils deutscher Abgeordneter ab. Die Bemühungen der britischen konservativen Abgeordneten und der Antrag der Abgeordneten der spani-

schen Volkspartei, die im vergangenen EP gemeinsam eine Fraktionsgemeinschaft gebildet hatten, um Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion bedeuten für das Selbstverständnis der EVP eine Herausforderung. Während die Mitgliedschaft der britischen Konservativen ausgeschlossen werden kann, ist die Vergrößerung der EVP-Fraktion um eine größere Gruppe spanischer Abgeordneter überaus wahrscheinlich<sup>21</sup>. Es bleibt abzuwarten, ob dies dann auch Konsequenzen für eine Mitgliedschaft der entsprechenden Parteiorganisationen in der EVP haben wird.

## Anmerkungen

- 1 Die überaus große Bedeutung der sozialen Dimension des Binnenmarktes kommt im Vorhaben der Verabschiedung einer speziellen EG-Sozialcharta zum Ausdruck, zu der die EG-Kommission einen Vorschlag ausarbeiten wird, der bei der Sitzung des Europäischen Rates Ende 1989 beraten und gegebenenfalls beschlossen werden soll.
- 2 Vgl. Rack, Reinhard (Hrsg.): Dreißig Jahre danach: Neue Perspektiven für die Beziehungen der EFTA-Staaten zur Europäischen Gemeinschaft, Baden-Baden 1987; Wallace, Helen: EG und EFTA: Mehr als nur gute Nachbarn?, in: Integration 4 (1988), S. 150–156; Pedersen, Thomas: Die EFTA, in diesem Band.
- 3 Vgl. hierzu die kurzen zusammenfassenden Stellungnahmen von Kloten, Norbert: Wege zu einem Europäischen Zentralbanksystem, in: Europa-Archiv 11 (1988), S. 285–298; sowie: Der "Delors-Bericht", in: Europa-Archiv 9 (1989) S. 251–260.
- 4 Vgl. Schneider, Heinrich: Über Wien nach Gesamteuropa? Der KSZE-Prozeß nach dem dritten Folgetreffen, in: Integration 2 (1989), S. 47-60.
- 5 Die gemeinsame Erklärung über die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG und dem RGW ist abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band. Vgl. May, Bernhard: Normalisierung der Beziehungen zwischen der EG und dem RGW, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/89, S. 44–54; Machowski, Heinrich: Der RGW, in diesem Band.
- 6 Teile der Erklärung sind in französischer Sprache abgedruckt in Info-Union Nr. 0 (1989), S. 1 und 4.
- 7 Vgl. dazu auch Info-Union Nr. 2 (März 1989), S. 8.

- 8 S. Info-Union Nr. 1 (Februar 1989), S. 8.
- 9 Die in französischer Sprache erscheinende Publikation wird vom Generalsekretär des Bundes herausgegeben.
- 10 Vgl. Hrbek, Rudolf: Das Europäische Parlament nach der Direktwahl 1989 Reduzierte Handlungsfähigkeit durch größere Vielfalt?, in: Integration<sup>3</sup> (1989), S. 107–118.
- 11 Vgl. den Bericht über den Kongreß in: Die Neue Bonner Depesche 1 (1989), S. 52-54.
- 12 Die englische Fassung des Titels lautet "A Europe of Free and Caring Citizens".
- 13 Agence Europe berichtet in der Ausgabe v. 9, 3, 1989 (Nr. 4971, S. 4) über wesentliche Punkte des Programms.
- 14 Er wird vom Generalsekretariat in Brüssel in hektographierter Form herausgegeben.
- 15 In Nr. 1 (März 1989).
- 16 Im EVP-Bulletin Nr. 1/1989 (März 1989) wird ein zusammenfassender Rückblick auf die Aktivitäten der EVP im Jahr 1988 gegeben.
- 17 Vgl. dazu die Hinweise des Verfassers in dem Kapitel über die transnationalen Parteienzusammenschlüsse in den Jahrbüchern der Vorjahre.
- 18 Es handelt sich um die beiden ersten Hefte der neuen EVP-Schriftenreihe "Geistige und historische Grundlagen christlich-demokratischer Politik": Tradition und Aktualität der Bemühung um eine "Doktrin" (Heft 1), das die Texte des 1. Kolloquiums der Arbeitsgruppe (Amsterdam 1985) zusammenfaßt; Robert Schumann Christlicher Demokrat und Europäer. Aktualität eines Vorbildes (Heft 2); weiterhin um das von Hugues Portelli bzw. dem Institut de Politique Européenne et Internationale der Universität Paris X Nanterre in Zusammenarbeit mit dem CDS und der

EVP herausgegebene Buch "Economie Sociale de Marché", das die Beiträge des 4. Kolloquiums der Arbeitsgruppe (Paris 1987) zusammenfaßt; und um die französische Fassung des Buches von Roberto Papini "L'Internationale Démocrate Chrétienne", das inhaltlich Bezug nimmt auf die Ergebnisse des 3. Kolloquiums der Arbeitsgruppe (Praglia 1987).

- 19 Agence Europe berichtet in der Ausgabe vom 24. 2. 1989 (Nr. 4962, S. 4f) über wesentliche Punkte des Programms.
- 20 Vgl. dazu die Hinweise des Verfassers im Jahrbuch 1987/88.
- 21 Vgl. jedoch die Hinweise in Agence Europe v. 5. 7. 1989 (Nr. 5050, S. 3) über noch andauernde Diskussionen im Kreis der Abgeordneten der spanischen Partido Popular.

## Weiterführende Literatur

Europäisches Parlament, Generaldirektion Wissenschaft: "Politische Parteien in der EG und die Einigung Europas". Sammlung Wissenschaft und Dokumentation, Reihe Politik Nr. 14 (10/1988).

Das Parlament, Nr. 24–25/1989, "Themenausgabe Europa-Wahl" mit einer synoptischen Übersicht über die Wahlprogramme der transnationalen Parteienzusammenschlüsse.